

## **Die Linke in Regierungsverantwortung – Analysen, Erfahrungen, Kontroversen**

Gesellschaftspolitisches Forum am 4. Februar 2006 in der Rosa Luxemburg Stiftung,  
Konferenzraum, 10.00 – 20.00 Uhr

### **Panel 3**

#### **Linke Politik konkret – Potentiale und Grenzen**

Doz. Dr. agr. habil. Erwin Kischel

#### **Zum Einfluss der PDS – Regierungsbeteiligung auf die Kommunalpolitik in MV**

Soziale Politik einer Landesregierung betrachten, darf aus zweierlei Hinsicht deren Auswirkungen auf kommunale Politik nicht aussparen. Zum einen ist Kommunalpolitik im streng föderal organisierten gesellschaftlichen System der BRD Angelegenheit der Länder und zum anderen sind sozial als auch kommunal Eigenschaftswörter, deren Semantik eng miteinander verwoben ist. Konkret fassbar für die Bevölkerung wird Politik nicht zuletzt in der Lebensqualität ihres Wohnumfeldes.

Nachdem in den Vorjahren die Landtagsmitglieder der PDS in hervorragender Weise die Kommunalpolitiker insbesondere gegen kommunenfeindliche Landesaktivitäten unterstützten, erwarteten viele Kommunalpolitiker der PDS erst recht mit dem Eintritt ihrer Partei in die Regierungskoalition 1998 in MV auf ihrem Politikfeld eine ernsthafte Wende.

Hieß es doch im Parteiprogramm der PDS von 1993, dass zum Zeitpunkt des Koalitionseintritts der Partei in MV noch galt: „Die PDS tritt für kommunale Selbstverwaltung ein, wie sie vom Grundgesetz vorgesehen, aber praktisch nicht gesichert ist.“<sup>1</sup>

Auf dieser Basis entstanden die „Mindestanforderungen der PDS an eine neue Politik in Mecklenburg-Vorpommern“<sup>2</sup> des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion als Politikangebot an den künftigen Koalitionspartner SPD im August 1998 nach den Landtagswahlen:

Zur Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen wurde für diese z.B. eine Anhebung des Steueranteils auf 30 % sowie der Mittel für Investitionen auf jährlich 200 Mio. DM verlangt, die Befreiung von kommunalen Altschulden gefordert und rückwirkende Geldforderungen des Landes an die Kommunen wurden abgelehnt. Grundsätzlich wurde hierbei auf eine „an den Entwicklungserfordernissen des Landes orientierte Haushalts- und Finanzpolitik“ abgezielt, die bis an die verfassungsgemäße Grenze möglicher Kreditinanspruchnahme gehen kann.

Bereits bei den Koalitionsverhandlungen wurde erkennbar, dass diese Mindestforderungen mit der SPD nicht durchzusetzen waren. Als Erfolg war jedoch für die PDS das Festschreiben einer Finanzausstattung für die Kommunen in Höhe von 2,5 Mrd. DM bis 2002 zu verbuchen. Damit waren zwar – trotz höherer Steuereinnahmen als in der Vergangenheit – nicht die gewünschten 30 % und auch nicht die unter CDU-Regierung geleistete Finanzgarantie von 2,7 Mrd. DM 1997 erreicht, aber doch für die nächsten drei Jahre eine Planungssicherheit den Kommunen gegeben.

---

<sup>1</sup> Parteiprogramm der PDS, 1993, <http://sozialisten.de/download/dokumente/grundsatzdokumente>

<sup>2</sup> Pressedienst: Nr. 34 vom 21.08.1998,

[http://sozialisten.de/politik/publikationen/pressedienst/view\\_html?zid=6985&bs=1&n=2](http://sozialisten.de/politik/publikationen/pressedienst/view_html?zid=6985&bs=1&n=2)

Zur Vollständigkeit ist hinzuzufügen, dass die geforderte Investitionspauschale nur zu 37 % in 1999 bzw. zu 60 % in den beiden Folgejahren realisiert wurde. Ebenso waren die Altschulden wie die rückwirkenden Geldforderungen des Landes nun doch von den Kommunen aufzubringen. Und ganz diametral zu finanzpolitische PDS-Forderungen begann die rot-rote Regierung mit einer Haushaltskonsolidierung, die in der Landespartei selber sehr umstritten war. Nämlich überall dort, wo Haushaltskonsolidierung zu weniger Demokratie führt, durch sie Kommunen finanziell entmündigt und freiwillige Sozialaufgaben liquidiert werden, ist sie ganz offensichtlich ein wirkungsvolles Instrument neoliberaler Politik.

Durch die Annahme dieses Haushalts sowie aller folgenden Haushalte, mit denen es den Kommunen immer schlechter ging - nicht zuletzt auch mit ihrer Zustimmung in 2000 zur so genannten Steuerreform mit deren verheerenden Folgen - haben sich die Genossen, die in den Landtag auch zur Bekämpfung kommunenfeindlicher Politik gewählt wurden, zu Mitverantwortlichen dieser Politik gemacht<sup>3</sup>. In Anlehnung an Rosa Luxemburg ist zu sagen: „Mitwirkung an der“ finanziellen Knebelung der Kommunen „als Mittel“ zur praktischen Sicherung kommunaler Selbstverwaltung und „politische Zusammenkettung mit bürgerlichen Parteien als Mittel des Kampfes gegen“ deren Politik – „der innere Widerspruch scheint in die Augen zu springen“<sup>4</sup>.

Auf Grundlage des noch immer gültigen Parteiprogramms von 1993 waren in 2002 die Wünsche der PDS für ein weiteres Mitregieren in MV allgemeiner gehalten:

So ging es nicht mehr um Schutz und Ausbau kommunaler Einrichtungen, sondern lediglich noch um das Widersetzen gegen den „herrschenden Geist“ und die Politik der Privatisierung öffentlichen Eigentums<sup>5</sup>. Aber selbst das gelang nicht, wurde doch in der Koalitionsvereinbarung 2002 unumwunden auf Privatisierung von Verwaltungsleistungen orientiert<sup>6</sup>. Mit allgemeinen Schlagwörtern wie Kooperation statt Eingemeindung, Erweiterung kommunaler Mitwirkungsrechte, Ausbau der finanziellen Basis kommunaler Selbstverwaltung oder Wahrung lokaler Identität gedachte die PDS nun eine „Stärkung der kommunaler Souveränität“ in den kommenden Jahren zu erreichen<sup>7</sup>.

Konkrete Forderungen von 1998 wurden nicht wieder aufgelegt. Damit war anschaulich Warnungen gefolgt worden, wie: „Wir sollten im Wahlkampf nur das versprechen, was wir halten können. Wir sollten vor allem Versprechen nur dann beziffern, wenn die Einhaltung in unserer Macht liegt“<sup>8</sup>. Das ist wohl eine korrekte Haltung, zeigt aber zugleich, wie gering die Landesführung der PDS Möglichkeiten und künftige Macht dann einschätzte. So passte sich das Anforderungsniveau in diesem Bereich immer mehr dem „herrschenden Geist“ an.

Positiv zunächst für die Kommunen das Festhalten der PDS an der Mindestfinanzgarantie, allerdings mit dem kleinen Unterschied zu 1999, sie jetzt wie alle Koalitionsvereinbarungen 2002 unter Finanzierungsvorbehalt zu stellen. Doch bereits ein Jahr später erklärten die Koalitionspartner das Aufgeben dieser Garantie.

Die Situation für die Kommunen wurde von Jahr zu Jahr sozialistischer Regierungsmitverantwortung in MV schwieriger:

---

<sup>3</sup> siehe: Rosa Luxemburg: „Die badische Budgetabstimmung“, Ges. Werke, Berlin (1974) Bd. 1, 2. Halbband, S. 81

<sup>4</sup> vgl. Rosa Luxemburg: „Die sozialistische Krise in Frankreich“, Ges. Werke, Berlin (1974) Bd. 1, 2. Halbband, S. 58

<sup>5</sup> Wahlprogramm der PDS MV, 2002, <http://www.pdsmv.de/Parteitage/7.LPT/3.Tagung/Parteitag.htm>

<sup>6</sup> KOA 2002, <http://www.pdsmv.de/download.htm>

<sup>7</sup> Wahlprogramm der PDS MV, 2002, <http://www.pdsmv.de/Parteitage/7.LPT/3.Tagung/Parteitag.htm>

<sup>8</sup> Das Land braucht einen neuen Aufbruch [http://sozialisten.de/politik/publikationen/pressdienst/view\\_html?zid=9451&bs=1&n=13](http://sozialisten.de/politik/publikationen/pressdienst/view_html?zid=9451&bs=1&n=13)

Regressive Investitionsquoten, verschwindend geringe Anzahl von Gemeinden mit einem freien Finanzspielraum, Zunahme der Verschuldung bis 2004 um 14 %, enorm zunehmende Inanspruchnahme von Kassenkrediten zur Finanzierung konsumtiver Ausgaben – allein von 2004 zu 2005 entstand hier eine Verdoppelung.

Die konträren Positionen von Land und Kommunen wurden u. a. ebenfalls deutlich in der Auseinandersetzung um die von den Gemeinden zu erbringende Kreisumlage, die ihre Ausgleichsfunktion längst verloren hat und in dem Maße in den letzten Jahren angestiegen ist, wie sich die Sozialausgaben der Landkreise erhöhten. Insgesamt stieg im Durchschnitt des Landes die Kreisumlage um 16 % und erreichte damit den gleichen Zuwachs wie in der Zeit von 1994 bis 1998, als die PDS nicht in Regierungsverantwortung stand. Jedoch mit dem Unterschied, dass inzwischen die Kommunen wesentlich ärmer und die absoluten Beträge erheblich höher geworden waren.

Ein besonderer Schauplatz kommunalpolitischer Auseinandersetzung in MV und in der Landes-PDS ist das Ringen um eine geeignete Umsetzung der seit 2002 angestrebten Funktional- und Kreisgebietsreform im Land.

Auf einer außerordentlichen Parteitagstagung wurde die voreilige Festlegung einer Kreiszahl abgelehnt und gefordert: „...diese Frage solange offen zu halten, bis durch Variantenvergleiche untersetzte Aussagen zur Aufgabenverteilung (auch zwischen Kreis- und Gemeinde- bzw. Amtsverwaltung), zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und zur Erhöhung der Effizienz sowie Kostenersparnis eine begründete Entscheidung ermöglichen.“<sup>9</sup> . Viele dieser durchaus notwendigen Voraussetzungen für sachgerechte Entscheidungen liegen auch heute noch nicht vor. Trotzdem hat sich inzwischen die PDS auf einem so genannten „Kleinen Parteitag“ 2004 für ein 5-Kreise-Modell entschieden und sich in dieser Frage uneingeschränkt auf die SPD-Linie festlegen lassen. Im Ergebnis stellte die Landesarbeitsgemeinschaft Verwaltungsreform ihre von der Landesführung der Partei offensichtlich nicht gewollte Tätigkeit ein<sup>10</sup>.

Es lässt sich bei dieser Verfahrensweise der Eindruck nicht verwehren, dass es der Führung der Landespartei der PDS mehr auf die Treue der Partei zur Landesregierung - denn zu sozialistischen Prinzipien ankommt. Und noch einmal Rosa Luxemburg folgend haben die PDS-Minister augenscheinlich „die Ministerkrise zum Damoklesschwert für sich gemacht, mit dem das Kabinett jederzeit ihre Nachgiebigkeit erzwingen kann“<sup>11</sup>.

Ohne spezifische Untersuchungen geführt zu haben wird die These vertreten, dass gerade die von der Landesregierung verfolgte Kommunalpolitik durchaus auch das Wahlverhalten in MV teilweise mit geprägt hat. Sehr früh wurde klar, dass mit dem Eintritt der PDS in die Regierung erhoffte Erwartungen nicht verwirklicht werden würden. So verlor die PDS bei den Kommunalwahlen 1999 bei steigender Zahl der Wahlberechtigten im Land zu 1994 über 26 % sowie 2004 zu 1999 nochmals fast 19 % der Stimmen. Die unmittelbare Quittung erfolgte jedoch 2002 als bei den Landtagswahlen die PDS acht Prozentpunkte zu 1998 verlor und mit lediglich 16,4 % und 13 Landtagssitzen einen erneuten Regierungsauftrag zu erkennen meinte.

---

<sup>9</sup> Für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und eine effizientere Verwaltung im Land, <http://www.pdsmv.de/Parteitage/8.LPT/Sondertagung/Beschluss-Reform.pdf>

<sup>10</sup> siehe: LAG Verwaltungsreform: Kurzprotokoll v. 12.05.2004

<sup>11</sup> Rosa Luxemburg: „Die sozialistische Krise in Frankreich“, Ges. Werke, Berlin (1974) Bd. 1, 2. Halbband, S. 34

Doch ein halbes Jahr später schon beklagte die Fraktionsführung indirekt, dass sozialistische Politikansätze gestalten ob der vielen neoliberalen Zwänge gar nicht möglich ist, da „Wir ... eben doch im Kapitalismus (leben)“<sup>12</sup> und forderte „...eine Politik, die eigene Gestaltungsmöglichkeiten entwickelt und für das Land nutzt.“<sup>13</sup>. Es gab also keine eigenen Gestaltungsmöglichkeiten!

Das lassen die gegenwärtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in der BRD im Allgemeinen und in MV im Besondern auch kaum zu:  
Sinkende Staatseinnahmen, defizitäre Sozialbudgets infolge verfehlter Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik einerseits und dazu  
MV als eines der ärmsten und strukturschwächsten Länder andererseits.

Das heißt, ein Politikwechsel ist nur möglich bei veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Unter den derzeitigen neoliberalen Verhältnissen konnte es einfach nicht gelingen, dass die programmatischen Ziele der Landes-PDS auf kommunaler Ebene nicht mehr als nur ansatzweise oder vorübergehend bzw. überhaupt verwirklicht werden konnten. Es war ihr objektiv nicht möglich, einen grundlegenden Konsolidierungsprozess kommunaler Haushalte einzuleiten und zum Aufbau einer echten kommunalen Selbstverwaltung beizutragen. Unter den gegenwärtigen ökonomischen Bedingungen sind Demokratie- und Sozialabbau durch eine Regierungsbeteiligung der PDS in einem Bundesland nicht aufzuhalten.

---

<sup>12</sup> Sondersitzung des LT am 19. Februar 2003, <http://www.pds-im-landtag-mv.de/Debatte/2003/02-R1.htm>

<sup>13</sup> ebd.